

Strategische Entwaffnung der Schweiz zugunsten von EU und Nato

Verdeckte Agenda der Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik

**MICHAEL
WALDVOGEL
OBERIBERG**

Kommentar (Autor):
Auch wenn nicht eindeutig bewiesen werden kann, dass die komplette Desarmierung des Schweizer Sprengdispositivs und der Sperrstellungen direkt mit Schengen zusammenhängt, dürfte die Realität weit weg vom «souveränen Staat sein, welcher alleine entscheidet, mit welchen Mitteln er seinen Schutz sicherstellt» – wie der Bundesrat im Dezember 2014 mit seiner Antwort glauben machen wollte.

In Italien zwischen Pisa und Livorno befindet sich das grösste US-Waffenlager ausserhalb der USA, Camp Darby. Solche Mengen an militärischen Mitteln wollen jederzeit schnell und effizient von Norditalien in alle europäischen Himmelsrichtungen (auch direkt durch die Schweiz) verschoben werden können. Muss nun wegen der rasch entstehenden «Military Schengen Zone» das Festungsminenwerfer-System weichen?

Fast komplett wehrlos steht nun unsere Heimat da, praktisch unbemerkt zugunsten von EU und NATO strategisch entwaffnet. EU-Schengen und NATO-Partnership of Peace (PfP) müssen endlich überdenkt werden, die «Vorwarnzeit» ist abgelaufen. Deshalb ein klares NEIN zum EU-Waffenrecht am 19. Mai 2019.

Seit über 20 Jahren zieht sich die Vernichtung von starker Feuerkraft, also die Vernichtung von schweren Waffensystemen und deren Munition zum strategischen Schutz der Schweiz wie ein roter Faden durch. Wem nützt eine von Sprengobjekten, Hindernissen und Sperren, eine von Festungsartillerie und Festungsminenwerfern (usw.) entwaffnete Schweiz?

November 2014:

Nationalrat **Roland Büchel** SG (SVP) stellt folgende Frage (Geschäft 14.5485): «Woher kommt der Druck zur Entfernung permanenter Sprengobjekte aus dem Nationalstrassennetz?».

Dezember 2014:

Der **Bundesrat** antwortet wie folgt: «Die Entfernung der Sprengobjekte ist Teil des seit Jahren laufenden Abbaus permanenter Sperrstellungen. Sie wurden nicht nur aufgrund der veränderten Bedrohungslage und zwecks Vermeidung von Unterhaltskosten aufgehoben, sondern auch weil heute mit mobilen Mitteln eine vergleichbare Wirkung erzielt werden kann. Der Abbau wurde Ende November 2014 abgeschlossen. **Mit welchen Mitteln ein souveräner Staat seinen Schutz sicherstellt, liegt allein in seiner Entscheidung.** Es existiert keine Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EU, nach welcher die Schweiz verpflichtet wäre, diese Sprengobjekte aus dem Nationalstrassennetz zu entfernen. Der Bundesrat kann keine Angaben über allfällige Sprengobjekte oder deren Entfernung in EU- oder Nato-Staaten machen, da ihm hierzu keine Informationen vorliegen.» Blenden wir weiter zurück in den Deutschen Bundestag.

Juni 1990:

Deutschland ratifiziert Schengen II. September: Der Abgeordnete **Kuhlwein** (SPD) stellt folgende Frage (Drucksache 11/8112): «Ist die Bundesregierung bereit, die spätestens mit der Öffnung der Grenze zur DDR überflüssig gewordenen Vorrichtungen für militärische Sperren an Strassen im grenznahen Bereich zu beseitigen, [...]?»

Oktober 1990:

Der Parlamentarische Staatssekretär **Willy Wimmer** antwortet wie folgt: «Der Bundesminister der Verteidigung hat bereits im März 1990 auf Grund der geänderten Lage in Europa und des begonnenen deutschen Einigungsprozesses **im Einvernehmen mit den NATO-Befehlshabern entschieden, keine neuen Sperren mehr zu bauen.** Seitdem ist auch keine Sperre mehr neu gebaut worden [...]. Zur Frage der Beseitigung

von vorhandenen Sperranlagen im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze wird entschieden werden, sobald die Abrüstungsverhandlungen in Wien abgeschlossen sind und die neue NATO-Strategie in Grundzügen vorliegt.»

Der Abbau dieser strategischen Kampfinfrastrukturen mit starker dissuasiver, kriegsverhindernder Wirkung (Bundesverfassung Art. 58), scheint offenbar direkt mit dem jeweiligen Schengenraum-Beitritt eines Landes zusammenzuhängen!

April 1995:

Österreich tritt dem Schengen-Raum bei. «**1996 kam der Befehl „Desarmierung“.** [...]», schreibt als letzter Wallmeister des Militärkommandos Salzburg, Vizeleutnant in Ruhe **Sepp Gruber** im Buch «**50 Jahre Militärkommando Salzburg**» im Zusammenhang mit der militärischen Landesbefestigung – und weiter: «Was Jahrzehnte lang mit grosser Hingebung und persönlichem Einsatz aufgebaut wurde, wurde zunichte gemacht [...]. Das Raumverteidigungskonzept existiert nur mehr in der Erinnerung, die raumgebundene Landwehr, die ganze damalige Landwehr, ist aufgelöst. Die festen Anlagen sind stillgelegt und die damit zusammenhängenden Sperr- und Verteidigungsmassnahmen sind wahrscheinlich grösstenteils ebenfalls aufgegeben. Viel Erfahrung und viel Wissen, das bei den Baumassnahmen „im Laufe der Zeit“ erworben wurde, ist dabei unwiederbringlich verloren gegangen.»

Oktober 2004:

Die Schweiz unterzeichnet das Abkommen zum Schengen-Raum, gefolgt vom Referendum im Juni 2005, mit 54.6% JA-Stimmen.

Januar 2007:

Die Basler Zeitung (BAZ) schreibt im Artikel «**Die Armee entschärft die Brücken:** «CHEFSACHE. Die Armee 95 verfügte noch über 1200 Sperrstellen mit Sprengobjekten. Seit der Realisierung der Armee XXI, **ab 2004, werden pro Jahr 100–150 Sprengobjekte in Brücken, Tunnels und Strassen im Mittelland und in den Alpen desarmiert**[...]. Nun soll demnächst der Grundsatzentscheid fallen, deren Armierung durch Sprengstoff ebenfalls aufzuheben. Da der Schritt mit Blick auf die Diskussionen um den Armeeabbau politisch sensibel ist, wird er vermutlich vom Chef des Verteidigungsdepartementes, Bundesrat **Samuel Schmid**, getroffen.»
Kommen wir wieder zurück in die Gegenwart.

**MICHAEL
WALDVOGEL
OBERIBERG**

Kommentar (Red.):
Die Recherchen des Autors sind hochbrisant. Sie lassen vermuten, dass die in Insiderkreisen oft erwähnte «hidden Agenda» möglicherweise doch eine Rolle spielt. Die unnötige systematische Entwaffnung soll zur Aufgabe unserer Neutralität und zur Anbindung an die NATO führen. Dieses nicht unwahrscheinliche Szenario wäre die logische aber offenbar gewollte Konsequenz davon.

Die bevorstehende Abstimmung über das Waffengesetz gehört deshalb mit einem wuchtigen Nein versenkt. Zwar droht jetzt das schreckliche Ereignis in Neuseeland zwecks Verschärfung des Waffengesetzes missbraucht zu werden nur um darüber hinwegzutäuschen dass extreme Elemente weder aus einem Land verbannt noch vor der Einreise gehindert werden können. Dafür sollen rechtschaffene Bürger, die gar ihre Militärdienstpflicht erfüllt haben, unter Generalverdacht gestellt werden.

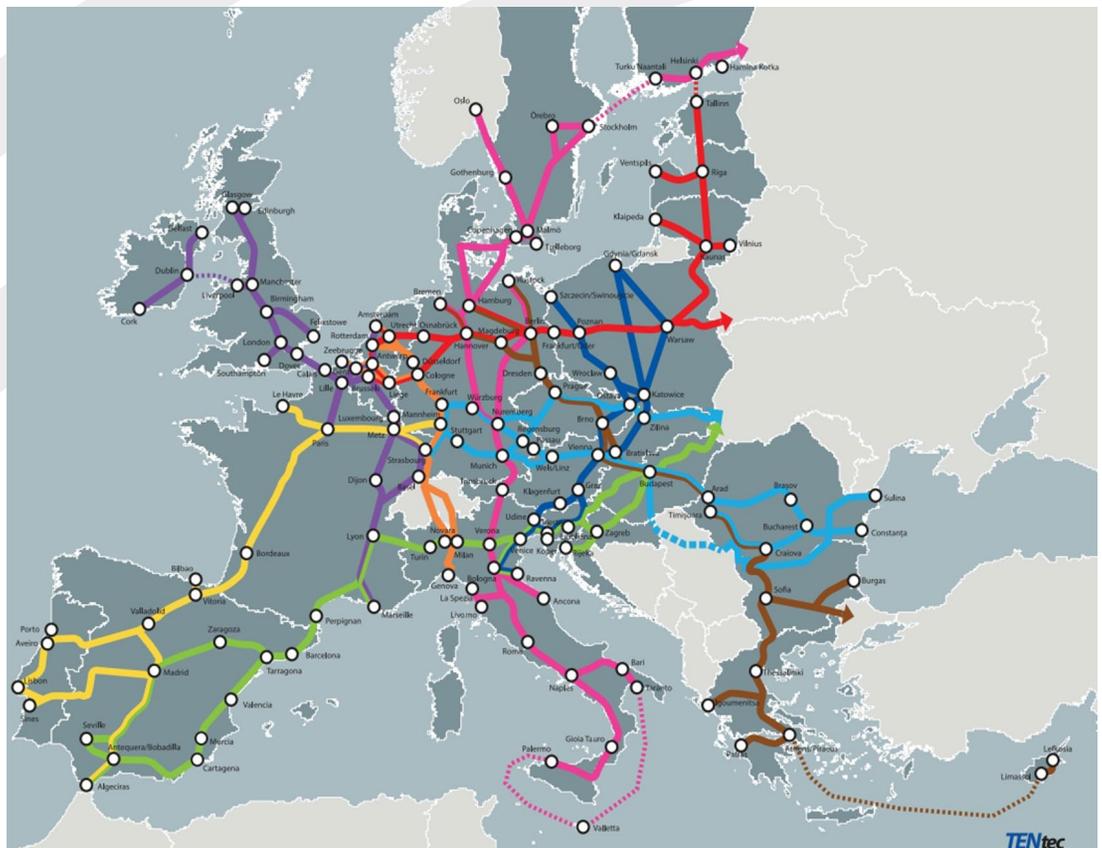
Oktober 2017:

Die BAZ schreibt im Artikel «**Militärischer Schengen-Raum**»: **Nato-General Hodges fordert freie Fahrt für bewaffnete US-Truppen in ganz Europa:** «Durch den Schengen-Raum existieren die Grenzen zwischen europäischen Staaten faktisch nur noch auf Landkarten [...]. Die logische Forderung der US-Armee lautet deshalb, Bewegungsfreiheit soll nicht nur für jene gelten, die schon im Schengenraum sind, sondern auch für die US- und Nato-Truppen [...]. Das Vorhaben für einen «militärischen Schengen-Raum» liegt auf Druck der US-Streitkräfte auf dem Tisch sämtlicher Nato-Staaten Europas [...]. Nach einem Nato-Manöver in Polen vom Juni 2016 erneuerte General Hodges deshalb frühere Aussagen von General Breedlove: **Die rasche Verschiebung von US-Truppen samt Fahrzeugen und Munition soll ohne verzögernde Zollformalitäten durch europäische Staaten erfolgen.»**

weiter zu stärken» sagte die hohe Vertreterin, Vizepräsidentin **Federica Mogherini**. «Bis März 2018 werden der Hohe Vertreter und die Kommission einen Aktionsplan zur militärischen Mobilität zur Billigung der Mitgliedstaaten vorschlagen. In diesem Plan werden empfohlene Massnahmen vorgeschlagen, bei denen Akteure und ehrgeizige Zeitvorgaben festgelegt werden, um die festgestellten Hemmnisse zu überwinden, die die militärische Mobilität auf dem europäischen Territorium behindern, [...]».

März 2018:

Die Europäische Kommission verfasst ein **Action Plan on Military Mobility** (PDF). ORF News schreibt ebenfalls im März: **Mehr „militärische Mobilität“:** «Die geplante Vereinfachung der Militärtransporte solle jedenfalls alle EU-Staaten umfassen, **unabhängig davon, ob diese neutral seien oder nicht, so [Violeta] Bulc**. Die Strategie der EU-Kommission beschränke sich nicht auf die Mitgliedstaaten der NATO.»



Die wichtigsten Massnahmen zur Stärkung der militärischen Mobilität in der EU sollen im Bereich der Infrastrukturpolitik auf dem bestehenden transeuropäischen Verkehrsnetz aufbauen.

November 2017:

Die europäische Kommission veröffentlicht eine Pressemitteilung. **Die Europäische Union verstärkt ihre Anstrengungen zur Verbesserung der militärischen Mobilität:** «Während wir die ständige strukturierte Zusammenarbeit vorantreiben, um unsere Verteidigung effizienter zu gestalten, haben wir uns auch entschlossen, die militärische Mobilität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und in Zusammenarbeit mit der NATO

September 2018:

Auch der Nationalrat entscheidet, dass die über 100 modernen Festungsminenwerfer (stationär verbunkerte Hochleistungs-Mörser, zwei Rohre), welche zum Schutz unserer strategischen Transit-Achsen, Alpenübergänge und Grenzräume optimal verteilt sind, definitiv liquidiert werden.

November 2018

Der diplomatische Dienst der Europäischen Union (EEAS) veröffentlicht ein Facsheet Defending Europe: Improving Military Mobility within and beyond the European Union

**MICHAEL
WALDVOGEL
OBERIBERG**

Hinweis:

Diese ausführliche illustrierte Spezialausgabe ist Bestandteil des Forum-Info Nr. 52, die ebenfalls auf unserer Homepage einsehbar ist. www.forum-flugplatz.ch



"By 2025 we need a fully-fledged European Defence Union."

President Juncker, State of the Union Address, September 2017

Creating a fully-fledged European Defence Union by 2025 is imperative to Europe's security and to build a **Union that protects**. A smooth, efficient and effective movement of military personnel and assets across and beyond the EU will enhance the EU's preparedness and response to crises. It will enable EU Member States to act faster, in line with their defence needs and responsibilities, both in the context of the Common Security and Defence Policy missions and operations, and in the framework of national and multinational activities. Currently, cross-border mobility is still hampered by a number of barriers that can lead to delays, disruption, higher costs or increased vulnerability.

WHAT IS MILITARY MOBILITY

European initiative to improve the mobility of military personnel, materiel and assets within and beyond the EU by addressing existing legal, infrastructural and procedural barriers between the EU Member States.

EXISTING BARRIERS TO MILITARY MOBILITY



Infrastructure not suitable for the weight or size of military assets

Insufficient height of road tunnels or load capacity of bridges, different gauges or insufficient load capacity of railways. Improving the transport infrastructure will also contribute to its safer and more secure and effective use for commercial purposes.



Regulatory and procedural issues

Lengthy and complex procedures for cross-border and movement in national territory, including customs formalities related to military operations, diverging national rules on the transport of dangerous goods in the military domain.



Shortcomings in the military domain

Lack of coordination structures, movement plans and training and exercises; the need to foster resilience in countering hybrid threats and to ensure access to transport assets, as well as preparedness regarding environmental challenges.

Hinweis:

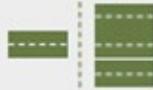
Diese ausführliche illustrierte Spezialausgabe ist Bestandteil des Forum-Info Nr. 52, die ebenfalls auf unserer Homepage einsehbar ist. www.forum-flugplatz.ch

ACTIONS IDENTIFIED

With the [Action Plan on Military Mobility](#), the EU aims to help the EU Member States to tackle these and other analogous barriers and facilitate military mobility through concrete measures in a number of areas, in coherence with other defence initiatives, notably the Permanent Structured Cooperation (PESCO) and in full complementarity with relevant international actors, notably NATO.



Definition of the **military requirements** for military mobility within and beyond the EU in strategic and technical terms developed by the Member States in the EU Military Committee and approved by the Council.



Identification of the sections of the trans-European transport network suitable for military transport, including necessary upgrades of existing infrastructure by leveraging **civilian and military synergies**.



Potential dedicated EU financial support for **dual use civilian-military infrastructure projects** of €6.5 billion in the years 2021-2027 through the Connecting Europe Facility instrument.



Support Member States in developing arrangements to expedite **cross-border movement permissions**.



Streamlining and simplifying rules related to customs, and the transport of dangerous goods.

TAKING WORK FORWARD THROUGH COOPERATION

Working closely with EU Member States, including all relevant authorities at national level, is crucial for the successful implementation of the Action Plan. All actions will be carried out in full respect of the sovereignty of the Member States over their national territory and decision-making processes related to military movements. Steps will also be taken to enhance cooperation between EU institutions, agencies and bodies and the relevant national EU Member State authorities. Close coordination with Member States' efforts under the Permanent Structured Cooperation (PESCO) and the separate PESCO project on military mobility will also be ensured to reach complementarity of results.

Further cooperation with NATO on military mobility, in the framework of the implementation of the Joint Declaration is key and will be taken forward in full openness and transparency.

THE WAY FORWARD

- **20 November 2018:** the Council finalises the Military Requirements for Military Mobility within and beyond the EU. The European Defence Agency launches cooperative projects in the field of customs and cross-border movement permission.
- **In early 2019:** The Commission, in cooperation with EU Member States, the European External Action Service and the European Defence Agency, performs the gap analysis between the current parameters applicable to the Trans-European Transport Network (TEN-T) and the military requirements. Additionally, options to streamline and simplify customs formalities will be explored.
- **By summer 2019:** Presentation of the first progress report on the implementation of the Action Plan by the High Representative and the Commission. The Council reviews progress on the issue of the implementation of the four national measures undertaken by the EU Member States to improve the efficiency of military mobility as agreed in the Council conclusions of 25 June 2018 on security and defence.
- **By 2019:** Identification of the dual-use requirements, including quantification of costs.
- **By end 2019:** Feasibility assessment of interlinking the military and civilian (TENtec) databases and the possible scope of any such action.
- **By 2020:** On the basis of the dual-use definition, the Commission together with the Member States will draw up a list of priority projects.
- **Early 2021:** The EU's Innovation and Networks Executive Agency (INEA) launches a call for proposals for dual-use infrastructure funding through its Connecting Europe Facility (CEF) instrument.

Kommentar:

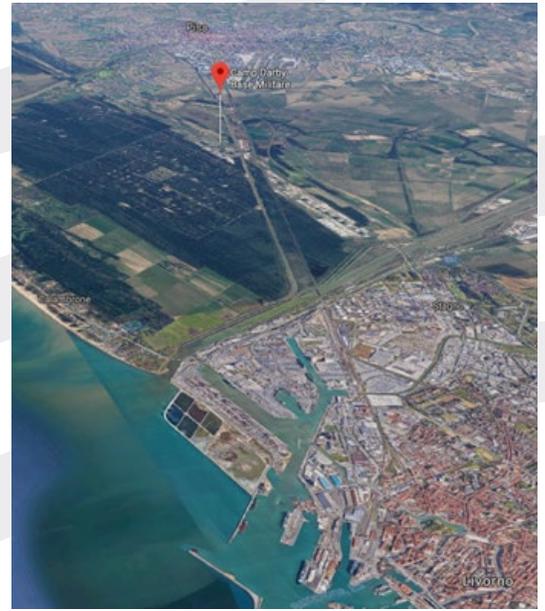
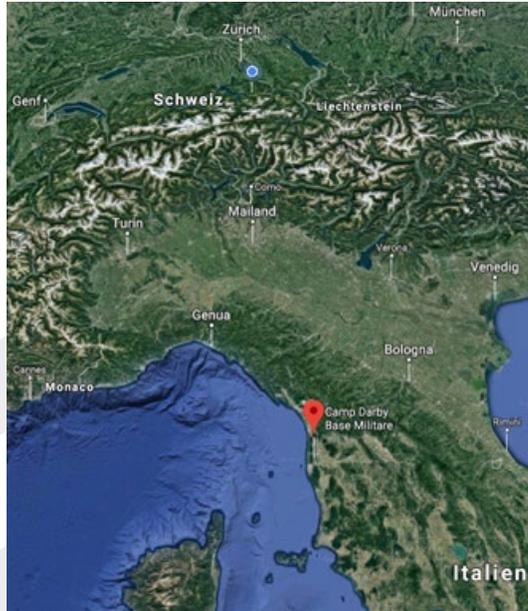
Auch wenn nicht eindeutig bewiesen werden kann, dass die komplette Desarmierung des Schweizer Sprengdispositivs und der Sperrstellungen direkt mit Schengen zusammenhängt, dürfte die Realität weit weg vom «souveränen Staat sein, welcher alleine entscheidet, mit welchen Mitteln er seinen Schutz sicherstellt» – wie der Bundesrat im Dezember 2014 mit seiner Antwort glauben machen wollte.

In Italien zwischen Pisa und Livorno befindet sich das grösste US-Waffenlager ausserhalb der USA, Camp Darby. Solche Mengen an militärischen Mitteln wollen jederzeit schnell und effizient von Norditalien in alle europäischen Himmelsrichtungen (auch direkt durch die Schweiz) verschoben werden können. Muss nun wegen der rasch entstehenden «Military Schengen Zone» das Festungsminenwerfer- System weichen?

**MICHAEL
WALDVOGEL
OBERIBERG**

Hinweis:

Diese ausführliche illustrierte Spezialausgabe ist Bestandteil des Forum-Info Nr. 52, die ebenfalls auf unserer Homepage einsehbar ist. www.forum-flugplatz.ch

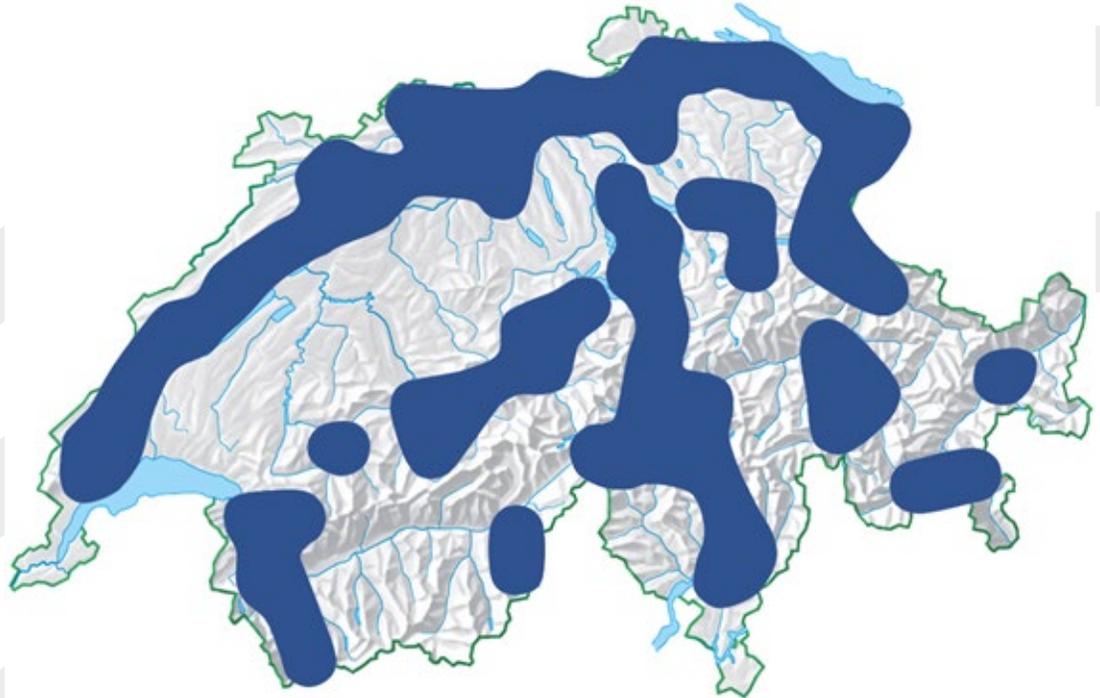


Fast komplett wehrlos steht nun unsere Heimat da, praktisch unbemerkt zugunsten von EU und NATO strategisch entwaffnet. EU-Schengen und NATO-Partnership of Peace (PfP) müssen endlich überdenkt werden, die «Vorwarnzeit» ist abgelaufen.

**MICHAEL
WALDVOGEL
OBERIBERG**

Deshalb ein klares NEIN zum EU-Waffenrecht am 19. Mai 2019

Wirkungsräume der 12 cm-Festungsminenwerfer als Gesamtsystem



Hinweis:

Diese ausführliche illustrierte Spezialausgabe ist Bestandteil des Forum-Info Nr. 52, die ebenfalls auf unserer Homepage einsehbar ist. www.forum-flugplatz.ch

Die Schweiz strategisch entwaffnet, ohne Festungsminenwerfer und Festungsartillerie, ohne Sprengobjekte, Hindernisse und Sperren

